Pressemitteilung Offene Linke Ansbach e.V.

Ansbach, 07.01.2010

Verteidigungsstaatssekretär verhindert Umsetzung des Stadtratsbeschlusses weiterhin:

Hubschrauberlärm: Hoffnung auf parlamentarische Initiativen der Fraktionen im Bundestag

„Militärinteressen über Bürgerwohl“ - Behauptungen von Ex-Minister Jung nicht aufrecht erhalten

Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (CSU), hat jetzt auf das Schreiben des Stadtrats der Offenen Linken, Boris-André Meyer, geantwortet. Meyer hatte im Oktober die Behauptung von Ex-Minister Franz Josef Jung (CDU), die Umsetzung des einstimmigen Beschlusses des Ansbacher Stadtrats vom Mai 2009, auf ein Nachtflugverbot für die US-Militärbasis Katterbach sowie auf ein Überflugverbot von Wohngebieten hinzuwirken, habe Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, zurückgewiesen. Änderungen der „Besonderen Bestimmungen für den Hubschrauberbetrieb an den Flugplätzen Katterbach und Illesheim“ im Sinne Ansbachs haben im Gegenteil keinerlei Auswirkungen auf die Bundeswehr.

Das hat Schmidt nun indirekt bestätigt und diese Behauptung nicht wiederholt. Allerdings weigert auch er sich beharrlich, der Stadt Ansbach entgegen zu kommen. Er schreibt, dass jedwede Entlastung der Bevölkerung im Raum Ansbach eine „angemessene Einsatzvorbereitung“ der US-Armee unmöglich mache.
Dem Staatssekretär ist das ungehinderte Üben der Armee offensichtlich wichtiger als das Bürgerwohl. Die Offene Linke wird sich weiterhin für den Umkehrschluss einsetzen: „Mensch muss auch in Ansbach vor Militär gehen“, betonte Meyer.

Die Hoffnung ruht jetzt auf dem Deutschen Bundestag. Abgeordnete aus allen Fraktionen wurden über den Stadtratsbeschluss informiert. Die Linksfraktion hat den Beschluss bereits begrüßt und Unterstützung signalisiert. Auch bei SPD und Grünen sollte Offenheit für eine parlamentarische Initiative in diese Richtung bestehen.
Union und FDP haben im Koalitionsvertrag festgehalten, dass militärische Flugplätze den zivilen nach dem Fluglärmschutzgesetz gleichgestellt werden sollen. Daran müssen sie sich nun messen lassen, gerade in Bezug auf den Hubschrauberlärm rund um Ansbach-Katterbach.

Ziel ist es, dass der Stadtratsbeschluss zeitnah als Antrag im Parlament eingebracht wird, um das US-Militär in Ansbach so dauerhaft in die Schranken zu weisen. Dafür gilt es, in nächsten Wochen parteiübergreifend um Unterstützung zu werben. Die Offene Linke erwartet, dass auch die Stadtratsfraktionen von CSU und SPD in diesem Sinne auf „ihre“ Parlamentarier einwirken.

„Es kann nicht sein, dass das Verteidigungsministerium die Bevölkerung in Mittelfranken für dumm verkauft und denkt, dass durch ein paar Monate Abwesenheit der US-Helikopter in völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen im Irak und Afghanistan die schwelende Problematik um Lärm- und Gesundheitsschutz im Raum Ansbach gelöst sei“, strich die Offene Linke heraus. Nach Rückkehr der Kampftruppen werde es so immer wieder Lärmsommer wie 2009 geben. Zweifellos sind derzeitige gesetzliche Bestimmungen für die dicht besiedelte Region völlig unzureichend.

„Die Bürger brauchen klare Regelungen zum Schutz von Lebensqualität und Gesundheit. Weder CSU-Staatsregierung noch CSU-Verteidigungsminister handeln für die Interessen der Bevölkerung“, schloss Meyer sein Resümee zur Haltung Seehofers und Guttenbergs.

gez. Offene Linke Ansbach e.V., der Vorstand